

7. II. 1917

[Der Verein für Post-, Telephon- und Verkehrsinteressen beim Handelsminister.] Eine Abordnung des Vereines für Post-, Telephon- und Verkehrsinteressen, bestehend aus dem Präsidenten Königstein, dem Vizepräsidenten Alfred Lemberger, kaiserlichen Rat Pohl Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Leo Landau und dem Generalsekretär Dr. Steinschneider, erschien bei dem Handelsminister Dr. Urban, um ihn aus Anlaß seines Amtsantrittes zu begrüßen. Der Präsident hob in seiner Ansprache die Bestrebungen des Vereines, in dessen Vorstand die größten wirtschaftlichen Korporationen Wiens durch Delegierte vertreten sind, hervor und ersuchte den Minister, es möge für die Folge keine wichtigere Entscheidung auf dem Gebiete von Post, Telephon und Telegraph getroffen werden, ohne daß der Verein vorher gehört würde. Der Minister erwiderte, daß ihm die Tätigkeit des Vereines bekannt sei und daß er demselben vor Erlassung einschneidender Verfügungen Gelegenheit geben werde, zu denselben Stellung zu nehmen. Der Minister erklärte überdies, daß er vorkommende Wünsche der Interessenten gern durch den Verein entgegenzunehmen und tunlichst zu berücksichtigen bereit sei. Die Deputation begab sich auch zum Generalpostmeister Geheimen Rat Sektionschef Dr. Wagner Ritter v. Lauregg. Der Präsident brachte die aktuellen Wünsche der Post- und Telephoninteressenten vor und wurde insbesondere wegen Abstellung gewisser Härten der neuen Postordnung vorstellig. Vizepräsident Alfred Lemberger betonte, wie schwer es die Kaufmannschaft empfindet, daß Geschäftsarten nicht mit dem Aufdruck einer 8-Heller-Marke versehen werden können, in welchem Falle noch das Avar die Kosten des Papiers ersparen würde. Sektionschef v. Wagner erteilte die Aufklärung, daß der neue Tarif für die Postkarte grundsätzlich nach dem Dezimalsystem 10 S. betrage und daß die Zulassung der amtlichen 8-Heller-Marke nur eine für die breiten Massen gedachte Ermäßigung bedeute, die aus staatsfinanziellen Gründen in gegenwärtiger Zeit nicht weiter ausgedehnt werden könne. Präsident Königstein wies darauf hin, daß es von dem kleinen Gewerbs- und Geschäftsmann als Unrecht empfunden werde, daß Vierteltelefone in Geschäftsräumen oder Erzeugungsstätten nicht angebracht werden dürfen. Sektionschef Dr. v. Wagner erklärte, daß er einer diesbezüglichen Venderung der Fernsprechornung sympathisch gegenüberstehe und den Vorschlag mit seinen Fachreferenten beraten werde. Generalsekretär Dr. Steinschneider verdolmetschte ein Ansuchen des Vereines für kaufmännische Interessen, daß bei Paketen mit Veriangabe statt des schon mangelnden und teureren Siegelbades Bomben zugelassen werden mögen. Sektionschef v. Wagner erklärte sich bereit, auch diese Anregung zum

Gegenstand eingehender Erwägung zu machen und den Verein von den diesbezüglichen Entscheidungen des Handelsministeriums zu verständigen.